Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 46 (1966-1967)
Heft: 12

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

RUNDSCHAU

NEUE FRONTBILDUNGEN ZWISCHEN OST UND WEST

Die Desintegrationstendenzen innerhalb der beiden Blöcke in Ost und West, die nach dem Kriege während fast zwei Jahrzehnten das Gesicht der internationalen Politik bestimmten, haben sich in letzter Zeit immer mehr verstärkt. Die Spannungen zwischen Rußland und China haben in diesen Wochen einen Grad erreicht, der den Abbruch der diplomatischen Beziehungen in den Bereich des Möglichen rückt. Gleichzeitig ist es den osteuropäischen Satelliten Moskaus gelungen, sich eine *Bewegungsfreiheit* zu verschaffen, die vor wenigen Jahren noch undenkbar gewesen wäre. In der Frage eines *Atomsperrvertrages*, der die Weiterverbreitung von Kernwaffen untersagen soll, zeichnet sich eine weitgehende Übereinstimmung zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion ab; beide Mächte drohen dadurch in einen Gegensatz zu ihren Verbündeten zu geraten, der in Zukunft möglicherweise zu einem bedeutenden Faktor im weltpolitischen Kräftespiel wird.

Ende der «Hallstein-Doktrin»

Spektakulärstes Symptom dieser sich abzeichnenden neuen Frontbildungen ist die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der *Bundesrepublik Deutschland* und *Rumänien*. Bonns neue «aktive Ostpolitik» ist schon in der Ära Erhard/Schröder eingeleitet worden; die Regierung Kiesinger/Brandt erntet in diesem Falle die Früchte einer Politik, die ihre Vorgänger letzten Sommer mit der Reise des damaligen Wirtschaftsministers Schmücker nach Bukarest inauguriert hatten, auch wenn es vielleicht zweifelhaft ist, ob Erhard und Schröder hier die gleiche Dynamik entwickelt hätten wie ihre Nachfolger.

Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Bukarest ist ein Ereignis, dessen *langfristige Folgen* heute noch nicht überblickt werden können. Die Bundesrepublik hat die «Hallstein-Doktrin» über Bord geworfen — keine Beziehungen mit Ländern, die ihrerseits Pankow anerkennen —, die während mehr als zehn Jahren eine Maxime der westdeutschen Außenpolitik gewesen ist. Daß man diese Doktrin durch den Austausch von Botschaftern mit Rumänien de facto aufgegeben hat, ist eine Tatsache, an der auch alle Deutungsversuche über eine differenzierte Anwendung der «Hallstein-Doktrin» kaum etwas zu ändern vermögen. Bonn hat, nicht zuletzt unter dem Drängen seiner Verbündeten, eine entscheidende Wendung in seiner Ostpolitik vollzogen.

Die Reaktion im Osten

Die unmittelbaren Folgen der Initiative Bonns waren zweifellos ermutigend. Der Bundesrepublik ist ein Einbruch ins Lager der osteuropäischen kommunistischen Länder gelungen, der sowohl in Moskau wie bei dem Satelliten in Ostberlin eine *scharfe Reaktion* hervorrief. Noch zwei Tage vor dem Entscheid über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Bukarest hatte Moskau den Westmächten eine Note zugehen lassen, die sich in Anschuldigungen gegen die Bundesrepublik erging. Es war ein vergeblicher Versuch, die Ressentiments gegen Westdeutschland anzustacheln und gleichzeitig die osteuropäischen Länder zur Raison zu bringen. Gegenüber Rumänien hat die Autorität Moskaus versagt. Das offenbarte sich mit unüberbietbarer Deutlichkeit auf der *Außenministerkonferenz* in *Warschau*, die Moskau offensichtlich zu dem Zwecke einberief, wieder Ordnung in die verwirrten Reihen seiner osteuropäischen Verbündeten zu bringen. Die Konferenz führte jedoch zu keinen greifbaren Ergebnissen. Eine für

alle Partner bindende Erklärung, die weiteren Emanzipationsbestrebungen in Osteuropa vorbeugen sollte — worauf offenbar vor allem Ulbricht gedrängt hatte — wurde nicht erreicht. Der rumänische Außenminister *Manescu* nahm an der Konferenz überhaupt nicht teil; er zog den Besprechungen in Warschau einen Besuch in Brüssel vor. Auch wenn die Reise nach Belgien schon vor längerer Zeit geplant war, ist diese Geste Manescus ein eindeutiger Affront gegen Moskau und neuer eindrücklicher Beweis für die Bewegungsfreiheit, die sich Rumänien heute im Ostblock — sofern dieser Begriff heute überhaupt noch zutreffend ist — bereits verschafft hat.

Negative Aspekte

Trotz diesen für Bonn und den Westen bisher vornehmlich ermutigenden Aspekten der «aktiven Ostpolitik» hat sich die Bundesrepublik auf ein Terrain begeben, das nicht ungefährlich ist. Die «Hallstein-Doktrin» war in den vergangenen Jahren der beste Schutzschild für den mit Erfolg verfochtenen *Alleinvertretungsanspruch* der Bundesrepublik. Ob Bonn künftig gegenüber Ländern der «dritten Welt» den Anspruch, allein im Namen ganz Deutschlands zu sprechen, auf die Dauer noch ungeschmälert weiter aufrechterhalten kann, erscheint zumindest zweifelhaft. Wenn aber schließlich, auf lange Sicht gesehen, die neue Ostpolitik der Bundesrepublik in der praktischen Anerkennung von zwei deutschen Staaten mündet, liegt das kaum in der Absicht derer, die diese Politik eingeleitet und durchgeführt haben. Auch die innenpolitischen Folgen einer solchen Entwicklung wären für die Bundesrepublik unübersehbar.

Kossygins Besuch in London

In dieser Atmosphäre der Flexibilität gewinnt der Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten *Alexej Kossygin* in Großbritannien eine über das Routinemäßige solcher Staatsvisiten hinausgehende Bedeutung. Kossygins Auftreten zeigte schon rein äußerlich die Wandlung, die seit den Zeiten Chruschtschews in der obersten Führung der Sowjetunion vor sich gegangen ist. Das Klima der Aussprachen blieb sachlich; temperamentvolle Ausbrüche, wie sie der frühere Ministerpräsident einst zu inszenieren pflegte, unterblieben.

Das kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß Kossygin in der Sache die gleich harte Linie verfochten hat wie sein Vorgänger. Seine Ausfälle gegen Bonn fügten sich in ihrer Heftigkeit nahtlos in die Agitation ein, die Moskau nach wie vor gegen den angeblichen westdeutschen Revanchismus führt; auch in der Kritik an der Vietnampolitik Washingtons wich Kossygin nicht von der bekannten Linie des Kremls ab. Neue Töne waren hingegen über *China* zu vernehmen. Kossygin äußerte sich mit Freimut über die gespannten Beziehungen, auch wenn er weitreichende Spekulationen über einen endgültigen Bruch oder gar einen bewaffneten Konflikt zwischen den beiden kommunistischen Großmächten eindeutig zurückwies. Moskau wird durch die innere Entwicklung, die das kommunistische China genommen hat, immer stärker von der Seite Pekings abgedrängt und rückt damit automatisch in eine Art Mittelstellung zwischen China und den westlichen Mächten.

Undeutliche Signale in Vietnam

Es hat offenbar in London nicht an Versuchen gefehlt, diese mittlere Position der Sowjets zu einer Aktion in *Vietnam* auszunützen. Die Gelegenheit drängte sich geradezu auf: weder Rußland noch Großbritannien sind in Vietnam direkt engagiert, die mehrtägige Feuerpause während der «Tet»-Feiern hatte auch die Einstellung der Bombardierungen Nordvietnams zur Folge, aus Washington mehrten sich die Meldungen über einen Austausch von «Signalen» zwischen den beiden in den Konflikt verwickelten Parteien — alles Vorgänge, die eine *Vermittlungsaktion* als günstig erscheinen ließen. Es ist vorläufig noch nicht klar, in welcher Form und ob überhaupt Kossygin sich als Mittelsmann in der Vietnamfrage einschalten ließ. Manches deutet dar-

auf hin, daß Premierminister Wilson Anstrengungen in dieser Richtung unternommen hat, um Kossygin in die Bemühungen um eine Beilegung des Vietnamkrieges einzubeziehen. Konkrete Ergebnisse hat ein solcher Schritt noch nicht erbracht; aber es wäre wohl falsch, in Vietnam mit raschen Lösungen zu rechnen.

Daß es noch großer Geduld bedarf, bis es um Vietnam zu Verhandlungen kommt, zeigte der angebliche «Signal-Dialog» zwischen Washington und Hanoi, der in Tagen vor Beginn der «Tet»-Feiern manchenorts übertriebene Hoffnungen weckte. Obwohl verschiedene Symptome vorhanden waren, die auf eine zunehmende Neigung Nordvietnams zu Gesprächen mit Washington hindeuteten — so die Erklärungen des nordvietnamesischen Generaldelegierten in Frankreich, *Mai Van Bo* —, ist es bisher zu keiner Annäherung der Standpunkte über die Aufnahme von Gesprächen gekommen. Nordvietnam beharrt noch immer auf seinen *vier Bedingungen*, von denen die wichtigste die Einstellung der amerikanischen Bombardierungen ist. Die Vereinigten Staaten ihrerseits haben durch Staatssekretär *Rusk* erneut versichert, daß eine einseitige De-Eskalation nicht in Frage komme. Einem Aufhören der Luftangriffe auf militärische Ziele in Nordvietnam müßte eine äquivalente Leistung Hanois gegenüberstehen. Eine Geste in dieser Richtung zu machen und damit Amerika einen Schritt entgegenzukommen, hat Nordvietnam bisher unterlassen.

Umstrittener Atomsperrvertrag

Während so in Vietnam trotz der vielberedeten «Entspannung» die Fronten nach wie vor verhärtet scheinen, bahnen sich im *Abrüstungsgespräch*, das seit März 1962 zwischen den Vertretern von 17 Nationen in Genf geführt wird, neue Entwicklungen an. Die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion sind sich in der Ausarbeitung einer Übereinkunft über die sogenannte *Nonproliferation* — das heißt über ein Verbot der Weiterverbreitung von Kernwaffen — ziemlich nahe gekommen. Sie unterbreiten nun diesen Entwurf der Ende Februar wieder zusammengetretenen Abrüstungskonferenz.

Es scheint, daß diese Vereinbarung auf größeren Widerstand stoßen wird, als seinerzeit der *Teststoppvertrag*, der am 5. August 1963 in Moskau unterzeichnet wurde und bis heute das einzig wichtigere Ergebnis der Genfer Gespräche gewesen ist. Ein Atomsperrvertrag stellt an die nichtnuklearen Mächte tatsächlich eine Reihe von Forderungen, denen sich ein souveräner Staat nicht ohne weiteres freiwillig zu unterziehen bereit ist. Es handelt sich um eine Art *ungleiches Abkommen*, in dem der Verzicht auf eine nukleare Rüstung, die den Nichtnuklearen abgefordert wird, keine entsprechende Gegenleistung gegenübersteht. Zahlreiche Länder haben bereits ihre Bedenken gegen eine solche Vereinbarung angemeldet, deren Wert ohnehin dadurch beeinträchtigt wird, daß weder Frankreich noch China sich ihr anschließen werden. Wenn weitere Staaten ebenfalls ihre Unterschrift verweigern, wird die ganze Konstruktion des Atomsperrvertrages noch fragwürdiger. Daß sich auf diesem Gebiet so ganz neue Perspektiven eröffnen, in denen die Fronten quer zwischen den alten Mächteblöcken in Ost und West verlaufen, ist ein bezeichnendes Symptom für die neuen Konstellationen der internationalen Politik.

Fabius

PROBLEMATISCHE OSTKONTAKTE

Der Eiserne Vorhang hat Ritzen und Löcher bekommen. Eine ganze Reihe von Ostblockstaaten bekundet ein ausgeprägtes Interesse an Kontakten mit westeuropäischen Ländern. Im freien Westen wird das als wirkliches oder doch wenigstens hoffnungsvolles

Symptom echter Bereitschaft zur Koexistenz mit spürbarer Erleichterung registriert. Lange verschlossene Landschaften und Völker werden für den Touristen wieder erreichbar. Ein wachsender kultureller Austausch vermittelt neue Eindrücke und Anregungen. In manchen Kreisen ist darob eine geradezu enthusiastische Aufbruchstimmung entstanden. Das ist menschlich verständlich nach all den Jahren rigoroser Abschließung. Doch sollte trotz all den neuen Möglichkeiten, den europäischen Osten wenigstens teilweise wieder entdecken zu können, der Sinn für das rechte Maß und die richtigen Proportionen nicht verloren gehen.

Diesen Sinn vermißte man bei den Veranstaltern des Internationalen Biathlonwettkampfs vom ersten Februarwochenende in Grindelwald wie auch bei bestimmten Bundesbehörden. Zu dieser im Gesamtrahmen der Schweizer Meisterschaften im militärischen Wintermehrkampf organisierten Veranstaltung luden nämlich die Initianten aus dem Kreis der «Schweizerischen Interessengemeinschaft für den militärischen Wettkampf» auch eine offizielle Vertretung der Armee der «Deutschen Demokratischen Republik» ein. Daß die politisch möglicherweise nicht allzu versierten Veranstalter auf diese Idee gekommen sind, mag zur Not noch einigermaßen verständlich erscheinen. Daß aber jene Bundesbehörden, welche die Einreisebewilligungen zu erteilen hatten, offensichtlich nichts dabei gefunden haben, ist denn doch recht starker Tabak. Unser Land unterhält nämlich keine diplomatischen Beziehungen mit der DDR. Die Beschickung der Grindelwaldner Wettkämpfe durch die Ostzone rückt daher bedenklich in die Nähe jener sattsam bekannten Aktionen Ostberlins, auf Umwegen Faits accomplis zu schaffen, die auf eine faktische Anerkennung der DDR hinauslaufen.

Die Angelegenheit wird keineswegs besser durch den Umstand, daß dieser an sich zivile Anlaß in den Rahmen offizieller Militärmeisterschaften hineingestellt wurde, in deren Ehrenkomitee die Spitzen der Armee unter Führung des Chefs des Militärdepartementes, Bundesrat Celio, figurierten. Wie die «Basler Nachrichten» in einem scharfen Kommentar vom 7. Februar unter dem Titel «Sowjetzonale Schüsse in Grindelwald» zu berichten wissen, liegt die formelle Verantwortung allerdings nicht beim Militärdepartement, das nicht befragt wurde. Verantwortlich für die Einreisebewilligung sind vielmehr allein das Politische Departement und die Fremdenpolizei.

Der Fall ist von grundsätzlicher Bedeutung und darf nicht einfach achselzuckend unter den Tisch gewischt werden. Er deutet auf eine Konzeptlosigkeit der verantwortlichen Behörden hin. Gewiß ist die Situation heute anders als noch vor fünf Jahren, und gewiß muß unsere Bewilligungspraxis auch entsprechend elastischer sein. Die Pflege von Ostkontakten ist unter bestimmten Voraussetzungen zu begrüßen, dann nämlich, wenn sie nicht Einbahnverkehr von Ost nach West bedeuten, sondern auf den Grundsatz der Reziprozität ausgerichtet sind. In dieser Hinsicht ist sogar festzuhalten, daß die Schweiz noch weit davon entfernt ist, die bestehenden Möglichkeiten maximal auszuschöpfen. Unsere diplomatischen Vertreter in einzelnen Ostblockstaaten — die Sowjetunion selbst allerdings ausgenommen — betonen immer wieder, daß wir mehr und besseres zu leisten vermöchten auf dem Gebiete der Information über unser Land und im Bereich der sogenannten Kulturwerbung. Die Ausweitung der Ostkontakte findet aber dort ganz eindeutig und unwiderruflich ihre Grenzen, wo die rechtlichen und faktischen Grundlagen für geordnete Beziehungen nicht gegeben sind. Unsere Außenpolitik hat sich bisher in diesen Dingen durch peinliche Genauigkeit ausgezeichnet. Es wäre völlig schief, wenn die von vielen Seiten sicherlich nicht zu Unrecht geforderte Aktivierung unserer Außenpolitik künftig mit weiteren derartigen Verwischungen im Grundsätzlichen verbunden wäre.

Spectator

Bei den verschiedenen Gebietsansprüchen Rotchinas gegenüber Sowjetrußland weist Moskau gerne auf die «kapitalistische Kloake» Hongkong hin, die unmittelbar vor seinen Grenzen liegt und dennoch von ihm nicht einverleibt wurde. In der Tat hat Peking zwar in den zwei letzten Jahren mehrfach bei der britischen Regierung gegen Zwischenlandungen von USA-Einheiten auf dem Wege nach Südvietnam protestiert — die dann auch in stärkerem Maße eingestellt wurden —, jedoch eroberte es die britische Kronkolonie bis heute nicht. Ein Übergriff der fanatischen «Roten Garde» an der Grenzstation Lo Wu wurde sogar von rotchinesischen Truppen vereitelt. Dabei läßt sich Hongkong gegen einen größeren Angriff von der Landseite aus Rotchina kaum ernsthaft verteidigen und würde mit Rücksicht auf die vier Millionen Einwohner es auch gar nicht zu blutigen Kämpfen kommen lassen. Zudem liegen — im Gegensatz etwa zu West-Berlin — keinerlei Sicherheitsgarantien seitens der westlichen Großmächte vor. Auch die gelegentlich im Hafen ankernden Kriegsschiffe der amerikanischen Siebenten Flotte — nach Pekinger Vorwürfen waren es im vergangenen Jahre insgesamt über 400 — dürften in einem derartigen Falle kaum ohne weiteres eingreifen.

Nach den Landkarten Pekings gehört die Kronkolonie bereits zu Rotchina, und die offizielle Propaganda läßt keinen Zweifel, daß auch eines Tages die Stadt einverleibt wird. Als bei dem rotchinesischen Nationalfeiertag im letzten Oktober die Hongkonger Kommunisten erstmals keine «Friedenstauben» aufsteigen ließen, wurde darin bereits ein böses Omen gesehen. Beruhigend wirkte dann im Dezember das Interview des Pekinger Außenministers Tschen Yi, wonach man in erster Linie an einer Bereinigung der Formosafrage interessiert sei und erst später Hongkong — neben Macao — zurückfordern werde. Bereits vor längerer Zeit hatte einer der führenden Kommunisten der Stadt, Wang, durchblicken lassen, daß der jetzige Status «noch viele, viele Jahre» erhalten bleiben und der Handel mit Rotchina sogar noch erweitert werden solle. Hierin liegt mit Sicherheit auch die einzige Ursache der noch andauernden Freiheit Hongkongs! Pekings Handel erfolgt natürlich nicht, wie die rotchinesische Propaganda offiziell behauptet, «um die Bauern und Arbeiter Hongkongs vor Arbeitslosigkeit zu bewahren» — sondern weil er das größte Devisengeschäft ist, dessen Ablauf selbst während der letzten Vorgänge in Peking in keiner Weise gestört wurde. Wenn die einzelnen Zahlenangaben auch schwanken, so kann doch angenommen werden, daß Rotchina 1963 nach Hongkong Waren im Werte von umgerechnet 265 Millionen US-Dollar lieferte. 1964 bereits für rund 350 Millionen und 1965 für etwa 415 Millionen US-Dollar. Die dabei überwiegend exportierten Geflügel-, Gemüse- und Fischwaren — aber auch Trinkwasser für rund 3 Millionen US-Dollar — machten damals schon 26% der Gesamteinfuhren der Stadt aus. Im vergangenen Jahre stieg diese Ausfuhr Pekings auf etwa 430 Millionen US-Dollar und dürfte sich in der nächsten Zeit noch weiter verstärken. Neben Japan ist die Kronkolonie das wichtigste Exportgebiet Rotchinas, während die Sowjetunion zunehmend an Bedeutung verliert. Peking wiederum kauft in der Stadt nur sehr wenig Waren; 1965 betrug ihr Wert 12,3 Millionen US-Dollar und damit lediglich 3% der gesamten Ausfuhr Hongkongs.

Darüber hinaus verfügt Peking in Hongkong über 35 größere Warenhäuser, die durch den Verkauf rotchinesischer Bücher, Briefmarken, Textilien bis zu altchinesischen Kunstgegenständen — welche gerade seit Beginn der «Kulturrevolution» verstärkt angeboten werden — im Jahr wahrscheinlich 35 Millionen US-Dollar an Devisen einbringen. Außerdem gehören Rotchina etliche Kinos, deren Einnahmen auf weitere 2 Millionen US-Dollar taxiert werden, unzählige kleine Läden und Häuser. Es gibt Meinungen, welche die Gewinne Pekings allein durch diese indirekten Einnahme-

quellen auf täglich sogar 1 bis 2 Millionen US-Dollar schätzen. Realistischer aber ist doch wohl die Ansicht, daß Rotchina insgesamt, mit dem offiziellen Handel, pro Jahr 600—700 Millionen US-Dollar Devisen aus Hongkong zieht.

Dazu ist jedenfalls noch das große Geschäft mit den Geldüberweisungen und Lebensmittelspenden zu einem von Peking festgelegten und für sie äußerst günstigen Umrechnungskurs zu zählen, welche die Auslandchinesen über Hongkong ihren Verwandten hinter dem Bambusvorhang zukommen lassen können. Allein über die «Bank of China», eine Niederlassung der Pekinger Staatsbank, fließen dabei jährlich durchschnittlich 150 Millionen US-Dollar; 1965 sank dieser Betrag allerdings auf schätzungsweise 120 Millionen und dürfte mit dem Wüten der «Roten Garde» gegen die Angehörigen von Auslandchinesen einen weiteren Rückgang gehabt haben. Erste Anzeichen lassen indessen erkennen, daß das Regime diesen devisenpolitischen Türspalt sehr gerne in alter Höhe erhalten möchte, zumal seine Devisen-Einnahmen immer noch relativ gering sind.

Wahrscheinlich genau so wichtig für das kommunistische China ist die freie Hafenstadt als Ausfallstor und Drehscheibe zum Ausland. Die Höhe der indirekt über Hongkong mit den verschiedenen westlichen Staaten abgeschlossenen Geschäfte — besonders auch solche sehr dunkler Art — läßt sich verständlicherweise kaum abschätzen. Gerade in jüngster Zeit intensivierten Pekings «Strohmänner» hier ihre Bemühungen, bestimmte Warenlieferungen aus westeuropäischen Ländern zu erhalten, um damit von Sowjetrußland ebenfalls wirtschaftlich unabhängig zu werden.

Es ist ein offenes Geheimnis — wenn es von der englischen Verwaltung auch nicht direkt zugegeben wird —, daß der staatlichgelenkte, «schwarze» Rauschgiftexport Rotchinas hier seine erste Durchgangsstation hat. Es gab 1955 in Hongkong, wo selbst keine Narkotika angebaut werden, «nur» 50000 Rauschgift-Delikte, 1961 waren es bereits 200000 und 1965 rund 500000! Heute hat die Stadt 250000 Süchtige, und nach Angaben offizieller Stellen werden hier täglich für umgerechnet siebentausend US-Dollar Rauschgifte verkauft. Zunehmend scheint sich Rotchina dabei auf das Einschleusen von Heroin und Morphin zu konzentrieren, da diese Gifte handlicher sind und bei den überaus vielen Warenlieferungen per Bahn und Schiff nach Hongkong leicht als Mehl oder auch Zement getarnt eingeschmuggelt werden können. Sachkenner meinen, daß Peking ohne weiteres in der Lage sei, pro Tag bis zu 500 Kilogramm Rauschgifte hereinzubringen. Vielleicht nicht ganz zu Unrecht wies die Moskauer «Prawda» auf die so massiv verfochtenen Gebietsforderungen Rotchinas einerseits und das Schonen dieser Stadt andererseits hin und sah ein wichtiges Motiv gerade in jenem lukrativen Opiumschmuggel: «Ist das nicht auch der Grund, weshalb die ‹Vernichter des Kolonialismus› in Peking dieses Kolonialsystem vor ihrer eigenen Nase dulden und Hongkong seine ursprüngliche Rolle als Tor des Opiumhandels, jetzt in umgekehrter Richtung, weiterspielen lassen?»

Nicht zuletzt ist die Stadt eine ideale Operationsbasis für rotchinesische Spionage und Propaganda: Sie bietet genügend Möglichkeiten zu unauffälligen Treffen mit geheimen Mitarbeitern im Auslande, und umgekehrt bildet der Flughafen Kai-Tak der Stadt für rotchinesische Agenten eine gute Anlaufstation zu den internationalen Fluglinien der Welt. Pekinger Flugschriften werden zudem tonnenweise nach Hongkong gebracht oder auch in zwei dortigen Verlagsanstalten gedruckt und dann mit der Post der englischen Kronkolonie unbeobachtet in alle Erdteile verschickt. Fünf der insgesamt 26 in Hongkong erscheinenden Zeitungen sind kommunistisch; die rotchinesisch-gelenkten Kinos waren im vergangenen Jahre voll von Propagandafilmen über Mao Tse-tung. Aber auch die jüngsten Machtkämpfe und «Säuberungen» in Peking werfen ihre Schatten nach Hongkong. Schon wiederholt mußten frischgedruckte kommunistische Zeitungen zurückgezogen und durch neue ersetzt und ebenfalls Meldungen des Pekinger «Hsinhua»-Nachrich-

tenbüros widerrufen oder korrigiert werden...

Solange die öffentliche Ruhe und Ordnung gewahrt bleiben, unternehmen die Engländer nichts gegen die rotchinesische Propagandatätigkeit. Ohnehin scheinen die Behörden überaus bemüht zu sein, Peking keinerlei Handhabe zu geben. Am schwerwiegendsten und für westeuropäische Beobachter doch recht problematisch ist dabei die Haltung zu den Flüchtlingen aus Rotchina. Das Grenzgebiet wird nämlich gegen Fliehende nicht nur von Rotchina gesperrt, sondern auch seitens der englischen Kronkolonie mit einem hohen Drahtzaun und ständigen Polizeistreifen abgeschirmt. Im Grenzgebiet auf Hongkonger Seite gestellte Flüchtlinge werden von der englischen Polizei gnadenlos den Pekinger Behörden übergeben und damit einem furchtbaren Schicksal ausgeliefert! Eine Fluchthilfe seitens der Einwohner Hongkongs wird überdies nach Gesetz mit ein bis sechs Monaten Gefängnis bestraft. In der Praxis werden die Fluchthelfer allgemein für drei Monate inhaftiert. Trotz dieser großen Schwierigkeiten konnten 1965 noch 130000 Rotchinesen nach Hongkong entfliehen; 1966 waren es pro Monat durchschnittlich nur noch tausend Flüchtlinge. Sehr viele kommen dabei auf dem Seewege nachts mit kleinen Booten; die meisten jedoch versuchen, westlich der Lok-Ma-chou-Grenze in einzelnen Etappen schwimmend durchzubrechen. Man schätzt, daß lediglich knapp ein Drittel aller Fluchtversuche erfolgreich sind. Im vergangenen September verstärkte sich mit den Zwischenfällen durch die «Rote Garde» auch die Fluchtbewegung; rund zweihundert Fischerboote mit durchschnittlich je zehn Fischern flohen nach Hongkong, und im Grenzgebiet wurden von den Grenzstreifen täglich allgemein drei Flüchtlinge wieder nach Rotchina abgeschoben. Mitte Januar kamen von Kanton mit einem Motorboot erstmals zwölf chinesische Kommunisten, die zur Oppositionsgruppe um Liu Schao-tschi gehörten und von den Kräften Mao Tse-tungs bedrängt wurden. Von englischen Regierungsstellen wird in diesem Zusammenhang stets betont, daß Hongkong gegenüber Flüchtlingen nur eine sehr begrenzte Aufnahmefähigkeit habe. Man scheint dabei jedoch übersehen zu wollen, daß es gerade Flüchtlinge waren — es kamen seit 1949 über eine Million —, welche die Kronkolonie nach dem Kriege wieder aufbauten. Durchaus zutreffend ist das Argument, es gebe noch 600000 «Obdachlose» in der Stadt, die in primitivsten Kisten-Hütten wie Trauben an den Berghängen oder auch in elenden Dschunken leben; andererseits aber finden alle Flüchtlinge durchwegs nach relativ kurzer Zeit Arbeit und Lohn — an Fachkräften besteht heute sogar Mangel. Außerdem herrscht in Hongkong eine wirklich enorme Bautätigkeit, und das Regierungsprogramm, bis zum Jahre 1970 Umsiedlungsmöglichkeiten für neunhunderttausend Menschen zu schaffen, mutet keineswegs als zu optimistisch an.

In dem kürzlichen Vorgehen Pekings gegen Macao kann man gerade in diesen Punkten der Flüchtlingsfrage keine Parallele zu Hongkong ziehen: Die kleine portugiesische Kolonie nämlich wies — bis Ende Januar — keine rotchinesischen Flüchtlinge zurück, wenn im letzten Jahre auch hier nur rund zweitausendfünfhundert Personen um Asyl baten. Zum anderen erfolgte von Macao eine doch regere Subversionstätigkeit Nationalchinas gegen Rotchina, während sich die als Zeitungsredaktion getarnte Vertretung Formosas in Hongkong allgemein ruhig verhält. Überdies zielen die Pekinger Attacken auf Macao letztlich wohl auch auf eine diplomatische Anerkennung Rotchinas durch Portugal, England hingegen vollzog diesen Schritt schon vor vielen Jahren.

Das politische Leben Hongkongs scheint bei dem äußerst regen Geschäfts- und Handelsverkehr zumindest nach außen als narkotisiert. Ohnehin ist man in politischen Äußerungen vorsichtig. Ein gewisses Stimmungsbild zeigen dagegen die Feiern zu den chinesischen Nationalfeiertagen: Am vergangenen ersten Oktober, dem rotchinesischen Jahrestag, zählte man in der Kronkolonie 746 gehißte rotchinesische Flaggen — zumeist von peking-gelenkten Geschäften. Am zehnten Oktober, dem

Feiertag Formosas, waren rund achthunderttausend nationalchinesische Fahnen zu sehen — entgegen den Ideen von Marx und Engels gerade bei den ärmeren Bevölkerungsschichten. Der kommunistisch-orientierte Teil der Hongkonger Bevölkerung dürfte nicht mehr als 10 bis 15% betragen.

Angesichts der Vorgänge in Peking sehen führende Kreise der Kronkolonie die Zukunft der Stadt als ungewiß an. Die Mitte Dezember mit Flugblättern verschickten Aufrufe der «Roten Garde» Kantons nach Hongkong, wie in Macao mit Unruhen zu beginnen, scheinen allerdings eine Ausnahme gewesen zu sein. Sie wurden wohl auch nicht von Pekinger Führungsstellen gebilligt. Man hofft, daß bei Ablauf des Pachtvertrags im Jahre 1997 Rotchina zwar äußerlich sehr hart sein, dann aber doch einer Vertragsverlängerung zustimmen wird. Daß es indessen lediglich eine Frage der reinen Zweckmäßigkeit der Stadt für Peking und seine Ziele sein wird, weiß man in Hongkong zur Genüge.

Friedrich W. Schlomann

DIE SEELSORGE AM GASTARBEITER

In der Schrift von Bischof *Emilianos*, Metropolit von Kalabrien, Vertreter des ökumenischen Patriarchates von Konstantinopel beim Ökumenischen Rat der Kirchen in Genf, geht es um die Frage: Wie stellt sich die Bibel, wie stellt sich Gott zum Problem des Gastarbeiters, des Wanderarbeiters, und was ist uns, Gliedern der christlichen Kirche, was ist dem Priester und Pfarrer aus dieser Einstellung für ein Verhalten in der heutigen Situation der Migration aufgetragen[1]?

Das Alte Testament birgt eine Fülle von Weisungen über das Verhalten dem Fremdling gegenüber, die in ihrer Verschiedenheit analysiert werden. Immer wieder wird das Mitgefühl für den Fremden geweckt, indem das Volk Israel an die Zeit erinnert wird, in der es, selbst fremd, in Ägypten arbeiten mußte. Auf der anderen Seite wird (z. B. Nehem. 10, 31; Esra 9, 11ff.) eine ablehnende, sehr strenge Haltung dem Fremden gegenüber gefordert in allem, was die Religion betrifft. Diese letztere Haltung bezieht sich allerdings vor allem auf die Situation der Israeliten in der Fremde (z. B. 2. Könige 17, 24 — 41) und ist für alle Mitglieder der orthodoxen Kirche im nicht-orthodoxen Ausland sehr aktuell.

Die Kapitel über das griechische klassische und homerische Altertum, wo die Gastfreundschaft bedingungslos geboten wurde, ohne daß sich der Fremde über seine Person oder Ziele hätte ausweisen müssen, wo er sogar als Abgesandter eines Gottes angesehen wurde, geben eine gute Ergänzung zur Untersuchung der alttestamentlichen Situation und leiten über zu den Betrachtungen über den Fremdling im Neuen Testament.

Hier offenbart sich eine ganz neue Beziehung Gottes zum Menschen. Dem Menschen wird eine Heimat im Himmel bereitet, wo er Mitbürger der Heiligen und Hausgenosse Gottes sein wird (Eph. 2. 19). Solange nun der Mensch nicht in dieser Heimat ist, befindet er sich in der Situation eines Fremdlings (1. Petrus 2, 11). «Das verlangt eine grundlegende Änderung der Haltung dem Fremdling gegenüber. Es leitet die Aufhebung aller Unterscheidungen von Rassen und Klassen ein, bis wir in jedem andern Menschen dem andern Ich begegnen, einem andern Christus (Christus prolungatus, alter Christus) ... Der Nächste ist das Bild Gottes. Ich helfe dem Fremden (dem Wanderarbeiter) in seinen Schwierigkeiten, weil ich in ihm das Bild, des sonst unsichtbaren Gottes erkenne ...» Diese Zitate mögen als Beispiel gelten, wie Bischof Emilianos den Weg der Theologie zeigt, wie sie in die Praxis hineinzuwirken hat. Die von Gott gewollte gegenseitige Abhängig-

keit der Menschen voneinander und vom Haupt, Christus, wird eindrücklich und von den verschiedensten Seiten her beleuchtet.

Im nächsten Kapitel wird der Umstand, daß Christus als Fremdling in diese Welt kam, untersucht und mit Zitaten aus den Kirchenvätern und den Evangelien belegt. Bischof Emilianos bemerkt dazu: «Das Paradoxe ist, daß Gott seinen Sohn in eine verfremdete Welt zugleich als Fremden und als Erlöser schickt, um eben diese verfremdete, abgefallene Welt in das väterliche Haus zurückzuführen ... Als gastfreundlicher Hausherr richtet er das Abendmahl. Gleichzeitig betont er alle Merkmale des Hausherrn und erklärt, daß er gekommen sei zu dienen und nicht, um bedient zu werden. So sehr liebt er die geladenen Gäste, daß er sein Leben für sie dahingibt ...»

Auf die Nachfolger Christi überträgt sich dieses Fremd-Sein-in-der-Welt und zugleich auch die Liebe zum Fremden. In frühchristlicher Zeit wird so, bewußt dem Gleichnis des barmherzigen Samariters nachlebend, der Fremdling, unabhängig von seiner religiösen und staatlichen Zugehörigkeit, umsorgt.

Im Kapitel über die Theologie der Migration werden die heutigen Schwierigkeiten, hervorgerufen durch die heutigen Wanderbewegungen, gezeigt. Viele dieser Probleme entstehen bereits für jenen, der vom Land in die Stadt zieht, die Arbeit im Freien mit derjenigen im geschlossenen Raum vertauscht. Besonderes Gewicht legt der Autor auf die Folgen des Bruches mit der Natur für die ganze Persönlichkeit des ursprünglichen Bauern und Landarbeiters und für seinen Glauben. Die Natur hilft in der Stadt, in der Industriearbeit nicht mehr mit, das Glaubensleben zu bereichern (vgl. Röm. 1. 20). Es bestehen wohl auch Gefahren für den, der in enger Verbindung mit der Natur lebt, zum Beispiel daß er statt des Schöpfers die Schöpfung selbst anzubeten beginnt, doch liegen die Gefahren für den Industriemenschen auf einer völlig anderen Ebene. Statt mit der Anbetung der Natur haben wir es mit der Anbetung der Technik zu tun, die ja nicht als Schöpfung Gottes, sondern als Werk des Menschen betrachtet wird. «Und die Maschine läßt es nicht zu, daß Gottes Stimme gehört wird.»

Ein ganzes Kapitel ist dem Bedürftigen im Neuen Testament gewidmet, und von daher werden die Fragen des Arbeitsrechtes, der Beziehung Arbeitnehmer-Arbeitgeber unter anderem beleuchtet. Eingehend werden auch die Probleme erörtert, die durch die Trennung von der Familie entstehen und die dann noch schärfer werden, wenn es sich um eine Auswanderung ins Ausland handelt. Auch die Gefahr der Entfremdung von der Kirche ist im Ausland noch viel größer. Dafür gibt es viele Gründe. Wie viele Wanderarbeiter bleiben unbekannt am neuen Ort, lassen sich durch Müdigkeit oder das leichte Leben von der Gemeinde fernhalten. Der Individualismus, der ständig zunimmt, und der Mangel an Interesse für die Bedürfnisse des Nächsten, besonders auch der Abstand und die Unbekümmertheit der früher Ausgewanderten gegenüber den Neuankömmlingen, sind nach Bischof Emilianos nichts anderes als ein Verschmähen und Vergessen der grundsätzlichen Lehre, daß alle Glieder eines Leibes sind. Was ihn besonders beschäftigt, ist, daß die Religion und das Ausüben der religiösen Pflichten von einer Gemeinschaftssache zur persönlichen Sache wurde. Ohne Zusammenhang mit dem Arbeitsleben, abhängig nur vom persönlichen Gutdünken, bietet der Gottesdienst nichts, was den Namenschristen aus dem gewünschten Inkognito herausheben könnte.

So nimmt sich auch jeder das Recht und die Freiheit, sein Leben so einzurichten, wie es ihm paßt, und Moral und Tugend werden relativiert.

Aus dieser neuen Situation muß sich eine neue Art Seelsorge ergeben. Sie kann sich nicht nur an die Gemeinde wenden, sondern muß die Person, das Individuum suchen. Der Autor kritisiert da die mangelnden Bemühungen der Priester, besonders auch hierin, daß sie zu wenig zuhören, nicht die Sprache des Arbeiters sprechen etc. Aber bevor es überhaupt zum Gespräch kommt, muß der Priester mit dem in der Fremde Arbeitenden den Kontakt anstreben. Auch da sind neue Methoden nötig. Hierher gehört

das Problem der Freizeit. Zum Beispiel fragt Bischof Emilianos: «Wie kann der Durst, das Verlangen nach einem geistlichen Verbringen des Sonntags geweckt werden?» Er verlangt aber zugleich mehr Liebe und Verständnis von der Kirche aus für den Menschen, wie er heute ist, der, nach dem nervösen Rhythmus des Alltags mit seiner unnatürlichen Lebensführung, Entspannung und Freiheit braucht. Die gottesdienstliche Versammlung kann nicht mehr *nur* im geschlossenen Raum der Kirche, in bestimmten Gemeinden und zu bestimmten Zeiten stattfinden. Diese sehr komplexen Fragen werden nach allen Seiten untersucht und neue Wege angedeutet. Man spürt aus Bischof Emilianos Schrift heraus die tiefe Beunruhigung über die heutige Situation seiner Kirche. Er möchte die Diener und Glieder seiner Kirche aufrütteln. Zugleich bietet er aber allen, die sich mit der Theologie der Seelsorge am Wanderarbeiter beschäftigen, wertvolles Material.

Marion Roemer

[1] *Ἡ Ποιμαντική τοῦ μετανάστου ὑπό Αἰμιλιανοῦ Τιμιάδου Μητροπολίτου Καλαβρίας.* Bischof Emilianos, Metropolit von Kalabrien: Seelsorge am Gastarbeiter, erschienen bei der Apostolischen Diakonie der Kirche Griechenlands, Athen 1965.

Schriftsteller ist derjenige, der es ablehnt — mehr! dem's unmöglich geworden ist — irgendwas anders zu begreifen als durch ein Organ der Grammatik.

Heimito von Doderer
(in «Tangenten. Tagebuch eines Schriftstellers 1940—1950», Biederstein Verlag, München 1964)